

## Antrag

**der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Abzug der Bundeswehr aus Südafghanistan**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Mandat des Bundestages für die deutsche Beteiligung an der International Security Assistance Force (ISAF) gestattet der Bundesregierung nur dann, Bundeswehrsoldaten außerhalb der Region Kabul und des Zuständigkeitsbereiches des Regionalkommandos Nord einzusetzen, wenn es um eine Unterstützungsmaßnahme geht, die für die Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrags unabweisbar ist und diese Maßnahme sowohl zeitlich als auch im Umfang begrenzt ist.

Diesen Vorgaben des ISAF-Mandats widerspricht die Stationierungspraxis der Bundesregierung. Seit Herbst 2006 sind fast durchgängig Bundeswehrsoldaten in Kandahar stationiert, um Führungsunterstützungsaufgaben für die anderen NATO-Staaten im Süden Afghanistans zu leisten. Zuletzt wurde im Februar 2008 erneut die Stationierung von 38 Bundeswehrsoldaten in Kandahar für drei Monate bis zum 31. Mai 2008 durch das Bundesministerium der Verteidigung genehmigt. Diese Praxis muss schnellstmöglich beendet werden. Der regelmäßige Austausch von Bundeswehrpersonal für im Wesentlichen gleiche Aufgaben, die Anhebung oder Reduzierung der Kontingentstärke begründen jeweils keine neue Entsendung. Aus diesem Grund muss das in Kandahar stationierte deutsche Kontingent fristgemäß und ersatzlos abgezogen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bis zum möglichst raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan die Vorgaben des Bundestagsmandats für ISAF hinsichtlich des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb Kabuls und des Zuständigkeitsbereiches des Regionalkommandos Nord nicht zu unterlaufen und auf eine Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Sicherstellung der Führungsfähigkeit der NATO in Kandahar zu verzichten.

Berlin, den 3. Juni 2008

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

